

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 14, 12. Juli 2001

Einblicke

Zack, zack

Von Heiner Lichtenstein

Rund 65 Millionen Mark hat die Bundesregierung allein für dieses Jahr bereitgestellt, um vor allem bei Jugendlichen für Toleranz und Demokratie zu werben. Die Aktion richtet sich gegen Rechtsaußen, stellt aber nicht das GEGEN in den Vordergrund, sondern das FÜR. Ein alter pädagogischer Grundsatz wird damit neu belebt, weil man weiß, dass eine Werbung für etwas besser ankommt als Parolen gegen. Zusätzlich kann Bundesfamilienministerin Christine Bergmann noch über 60 Millionen Mark verfügen, mit denen ein Netzwerk für Toleranz aufgebaut und finanziert werden soll. Das Geld ist vorrangig für die Arbeit des deutsch-polnischen und des deutsch-französischen Jugendwerkes sowie für den Jugendaustausch zwischen Israel und der Bundesrepublik gedacht. Ein vorzüglicher Plan, mit dem die Bundesregierung beweist, dass besonders unter jungen Menschen die Werte demokratischen Verhaltens herausgestellt werden müssen.

Die CDU sieht das offenbar anders. Was jetzt Generalsekretär Laurenz Meyer und Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm in Berlin als „Leitlinien der Union zur inneren Sicherheit“ vorstellten, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Abfall aus 16 Jahren CDU/CSU/FDP-Herrschaft. Gefragt, ob der Rechtsextremismus die innere Sicherheit überhaupt nicht bedrohe, war der forsche Schönbohm um eine zackige Antwort nicht verlegen. „Den Rechtsextremismus herauszuheben, wäre nicht gerechtfertigt.“ Zack, zack! So kennen wir ihn schon aus seiner Zeit als Berliner Innensenator. Jetzt allerdings, da Schönbohm für die innere Sicherheit im Flächenstaat Brandenburg verantwortlich ist, müsste sich Regierungschef Manfred Stolpe (SPD) einmischen. Denn Brandenburg gehört nun wirklich nicht zu den Ländern, in denen es keinen Terror von rechts gibt, gerade junge Leute müssen den Wert von Menschenwürde und Humanität vermittelt bekommen. Dass Schönbohm dies nicht sieht, beweist seine Antwort. Der Mann kann zum Risiko für die innere Sicherheit werden und Laurenz Meyer sitzt an seiner Seite.

Abfuhr für Neonazis

Das Oberverwaltungsgericht Münster will die Verbreitung braunen Gedankenguts nicht unter den Schutz der Meinungsfreiheit stellen.

Seite 2 ■

Kaderschmieden

Bei der Münchner Burschenschaft Danubia gab sich die extreme Rechte seit jeher ein Stelldichein.

Seite 3 ■

Keine Berührungsscheu

Zahlreiche Rechtsextremisten sind Mitglieder burschenschaftlicher Verbindungen.

Seite 5 ■

Instrumentarien nutzen

Brandenburgische Experten fordern nicht härtere, aber spürbare Strafen für gewalttätige rechte Jugendliche.

Seite 8 ■

Gestern auf den Spuren

Das Fürstentum Liechtenstein will seine Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus erforschen lassen.

Seite 9 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhöffel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Rote Karte für Worch**

Die Neonazi-Szene wollte an einem Tag in zwei sauerländischen Städten demonstrieren. Doch daraus wurde nichts.

Das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht sorgte dafür, dass der erste Teil der Doppel-demo ins Wasser fiel. Die Münsteraner Richter bestätigten ein Verbot des Aufmarsches in Arnsberg. So blieb den etwa 120 angereisten Neonazis nichts anderes übrig, als am letzten Juni-Samstag lediglich durch die Nachbarstadt Meschede zu ziehen.

Angemeldet hatte die Neonazi-Aufzüge in Arnsberg wie im 20 Kilometer entfernten Meschede der Hamburger Christian Worch. Seit einem Dreivierteljahr versucht er, seine Kameraden rund um Dortmund mit Demonstrationen bei Laune zu halten beziehungsweise dort auf die Straße zu bringen, wo die braune Basisarbeit darniederliegt. Im Sauerland ging es ihm vor allem um eine Wiederbelebung der Szene rund um jene Leute, die sich einst zur Sauerländer Aktionsfront zählten. Einst konnte die SAF fest auf 60 bis 70 Anhänger im Hochsauerlandkreis und in den Kreisen Siegen und Olpe bauen. Doch diese Zeiten scheinen - zumindest bei Demonstrationen - vorbei zu sein. Gerade einmal 15 bis 20 Rechtsextremisten aus dem Sauer- und Siegerland waren bei der Demonstration direkt vor ihrer Haustür mit von der Partie. Statt dessen bestimmten Ruhrpott-Neonazis das Bild.

Enttäuschung darüber, dass die einstigen SAF'ler zum großen Teil zu Hause geblieben waren und seine braune Form der Entwicklungshilfe damit scheiterte, ließ sich Worch nicht anmerken. Statt dessen wütete er gegen die Richter des OVG Münster und die Mescheder Polizei. Hochsauerland-Landrat Franz-Josef Leikop (CDU) hatte in der Vergangenheit braune Aufläufe mit Erfolg verboten. Auch diesmal hatte Leikop, der in der Szene als „Verbotslandrat“ titulierte wird, versucht, beide Veranstaltungen zu verhindern. Sowohl den mittäglichen Aufzug in Arnsberg als auch den nachmittags in Meschede hatte er untersagt, begründet unter anderem mit dem Schützenfest in Arnsberg und drei kleineren Veranstaltungen in Meschede.

Im Fall Meschede scheiterte er bereits vor dem Verwaltungsgericht. Die drei Veranstaltungen würden

durch die Demonstration „nicht in ihrem Kern beeinträchtigt“. Auf einen weiteren Versuch vor dem Oberverwaltungsgericht verzichtete der Landrat, weil er die Erfolgchancen nicht sehr hoch einschätzte. Anders entschieden die Verwaltungsrichter in erster Instanz im Fall Arnsberg. Sie notierten in ihrem Beschluss, auch ein Schützenfest sei eine Versammlung. Es stehe unter dem Schutz der grundgesetzlichen Versammlungsfreiheit und würde durch die Worch-Demo „gravierend in Mitleidschaft gezogen“.

Das Oberverwaltungsgericht, von Worch angerufen, teilte diese Einschätzung, ging aber in der Bewertung noch weiter. Erneut setzten sich die Münsteraner Richter kritisch mit dem Bundesverfassungsgericht auseinander. Dessen Auffassung, „wonach grundsätzlich auch das öffentliche Auftreten von Neonazis und die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes in öffentlichen Versammlungen und Aufzügen, soweit sie die Strafbarkeitsschwelle nicht überschreiten, unter den Schutz des Grundgesetzes fallen, vermag der Senat nicht zu folgen“, schrieben sie in eine Pressemitteilung. Und: „Diese Auffassung wird dem Problem des Wiedererstarkens neonazistischer Umtriebe im wiedervereinten Deutschland nicht gerecht und weist überdies zahlreiche verfassungsrechtliche Ungeheimtheiten und Widersprüche auf.“

Moniert wird vom Oberverwaltungsgericht, dass sich die Karlsruher Verfassungsrichter in der Vergangenheit gar nicht ausreichend mit seinen Argumenten für das Verbot von Neonazi-Veranstaltungen auseinandergesetzt hätten: Das OVG habe „mehrfach mit ausführlicher Begründung und unter Nennung der hierzu bereits vorliegenden einschlägigen Literatur aufgezeigt, dass die historisch bedingte Werteordnung des Grundgesetzes die demonstrative Äußerung nazistischer Meinungsinhalte auch unterhalb der Strafbarkeitsschwelle auf Grund verfassungsimmanenter Beschränkungen aus dem Kanon grundrechtlich geschützter Freiheitsrechte ausgrenzt“.

„Ärmlich“, so tobt Worch, der anders als bei früheren Verböten auf den Gang nach Karlsruhe verzichtete, nun gegen die Richter in Münster. Der bisher in Eilverfahren ausgetragene Streit zwischen beiden Gerichten in der Frage, was Neonazis auf der Straße dürfen, könnte damit nun auch einmal in einem Hauptsacheverfahren ausgetragen werden. Bis ein Ergebnis vorliegt, dürften freilich Jahre vergehen.

Tomas Sager

Hintergrund

Auf Tauchstation

Die Rechtslastigkeit der Münchner Burschenschaft Danubia ist seit mehr als dreißig Jahren bekannt.

Eigentlich war alles wie immer. Der Oberbürgermeister Eisenachs, Gerhard Schneider (CDU), hieß die Burschen und Alten Herren der Deutschen Burschenschaft wie in jedem Jahr herzlich zu deren Bundestreffen in seiner Stadt willkommen. Er sei froh, dass regelmäßig studentische Korporationen in Eisenach zu Gast seien, denn „gerade die Burschenschaften“ hätten an der deutschen „Einheit stets unbeirrt festgehalten“. Das hatten sie tatsächlich. Und die deutsche Einheit ist für die Mehrheit der Burschenschafter noch längst nicht vollendet, der völkische Nationalismus ihre Grundideologie.

Inhaltliche Verbindungen zur extremen Rechten ergeben sich nahezu zwangsläufig, personelle sind häufig. Dies gilt sowohl für die Mitglieder als auch für die Referenten bei den einzelnen Burschenschaften. Der Dachverband macht da keine Ausnahme, sondern ist ein getreues Spiegelbild des vorherrschenden Trends. Im vergangenen Jahr war ursprünglich der antisemitische NPD-Aktivist Horst Mahler als Festredner für den Burschentag in Eisenach vorgesehen, letztlich aber doch nicht konsensfähig. An seiner Stelle sprach der österreichische Professor Lothar Höbelt, der sich politisch als Mitarbeiter der Programmkommission der FPÖ und später als harscher Kritiker des FPÖ-Kurses von rechts einen Namen gemacht hatte.

Mit Andreas Mölzer gehörte auch in diesem Jahr ein Österreicher zu den Stargästen beim Burschentag in Eisenach. Mölzer ist langjähriger Vordenker der FPÖ, kulturpolitischer Berater Jörg Haider in Kärnten und Herausgeber des ultrarechten Wochenblattes „Zur Zeit“, des erfolgreicherer Ablegers der „Jungen Freiheit“. Ihm zur Seite stand bei einer Podiumsdiskussion zur „Westbindung“ Alfred Mechtersheimer, der mit seiner Deutschen Aufbau-Organisation einen weiteren seiner unermüdlichen Sammlungsversuche der extremen Rechten unternimmt. Einig waren sich die Diskutanten darüber, so fasst es die „Junge Freiheit“ zusammen, „dass die Anerkennung unbeschränkter amerikanischer Führungsansprüche nicht im Interesse Deutschlands liegen könne.“ Besonders die Kinder,

so Mölzer, dürften nicht „schon in jungen Jahren durch amerikanische Einflüsse geprägt werden.“

Es war also alles wie immer bei der Deutschen Burschenschaft. Der kontinuierliche Rechtstrend des Verbandes, der zu einer Vorherrschaft des radikal völkischen Flügels geführt hat, geht ungebrochen weiter. Mit der Prager Burschenschaft Thessalia zu Regensburg ist gegenwärtig ein führender Mitgliedsbund dieser Fraktion, der Burschenschaftlichen Gemeinschaft, Vorsitzende der Deutschen Burschenschaft. Diese verlassen zunehmend die sich als liberal verstehenden Burschenschaften. Seit 1996 haben sich mehr als 20 von ihnen in der gemäßigten Neuen Deutschen Burschenschaft organisiert, da sie ein „Klima der Intoleranz“ beklagen und das Verharren „auf einer großdeutschen Politik“ feststellen. Der Sprecher der Burschenschaft der Pflüger Halle zu Münster erklärte damals: „Durch unser Verlassen des Dachverbandes wollen wir ein Zeichen setzen und nicht zu Mitläufern undemokratischer, antieuropäischer und tendenziell rechtsradikaler Bestrebungen werden.“ Der Rechtstrend hat sich seitdem eher noch verstärkt.

■ Kaderschmiede für den NHB ■

Einige Burschenschaften sorgten in diesem Zusammenhang dafür, dass die Zusammenarbeit mit anderen Dachverbänden von Korporierten oftmals nur mit starken Spannungen möglich war. Bereits beim traditionellen Berliner Verbändegespräch Anfang 2000 hätten „gewisse Plakate einer Burschenschaft“ zu Beanstandungen von Teilnehmern geführt, räumte Hans Gnaad von der Hilaritas Stuttgart ein. Sie sei „gebeten“ worden, „diese Art von ‘Werbung’ zu ‘überdenken’“. Beim Gipfeltreffen der Dachverbände, der Versammlung des Convents Deutscher Akademikerverbände am 1. April 2000 in Göttingen, bestritt Ralph Schröder, selbst ursprünglich aus der Deutschen Burschenschaft kommend, vehement, dass es positive Ansätze bei der Zusammenarbeit gebe. Im offiziellen Bericht wird zusammengefasst: „Er meint, das Verhalten der B! Danubia sei nicht geeignet, eine Zusammenführung der Interessen zu fördern.“

Diese in einer Nobelvilla in Bogenhausen residierende Münchner Burschenschaft war nunmehr auch Hauptgegenstand der Kritik in einer Presseerklärung des bayerischen Innenministers Günter Beckstein. Zwar hatten gerade Unionspolitiker immer wieder zur Hoffähigkeit der Deutschen Bur-

schenschaft beigetragen, zwar ist die politische Ausrichtung der Danubia keineswegs neu, doch benannte der Minister zugleich zahlreiche Verbindungen zwischen Intellektuellen der extremen Rechten und bayerischen Burschenschaften. Die vorgelegte Referentenliste reicht vom - so Beckstein - „französischen Antidemokraten“ Alain de Benoist über den „verurteilten Südtirol-Terroristen“ Peter Kienesberger sowie die einschlägig bekannten Horst Mahler und Reinhold Oberlercher bis hin zum früheren Vorsitzenden des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB), Alexander von Webenau, den die Danubia für das Sommersemester mit einem Vortrag über den NSDAP-Aktivist Albert Leo Schlageter unter dem Titel „Leben und Sterben eines deutschen Helden“ ankündigt.

Im Visier des Innenministers befindet sich neben der Danubia besonders die Burschenschaft Frankonia Erlangen, in der Beckstein „Richtungskämpfe zwischen einem demokratischen und einem extremistischen Flügel“ ausmacht. Harald Neubauer, Mitherausgeber der rechtsextremen Monatsschrift „Nation&Europa“, hatte bei den dortigen Burschen ebenso gesprochen wie Pierre Krebs, Leiter des „neu“rechten Thule-Seminars. Von Richtungskämpfen allerdings, so die Frankonia, „kann nicht die Rede sein“, „Unterwanderungsversuchen von Einzelnen“ werde „mit Vehemenz“ entgegengetreten. Zur NPD würden keinerlei Beziehungen unterhalten. Dies aber hatte Beckstein auch gar nicht behauptet. Auf den Kern der Vorwürfe ging die Frankonia vorsichtshalber erst gar nicht ein.

Auch die Burschenschaft Danubia präsentiert sich als verfolgte Unschuld. Dabei hätte es gerade bei ihr bereits seit mindestens 30 Jahren mehr als genug Anlass für ministerielle Kritik gegeben. In den 70er Jahren galt die Danubia als Kaderschmiede für den NHB. Führende Funktionäre wie Uwe Sauer mann, Gebhardt Geiger oder Rechtsanwalt Alfons Hueber gehörten zur Aktivitas des Bundes. Ende der 80er Jahre war eine kurze, heftige Liaison mit den im Aufwind befindlichen REP zu verzeichnen, deren Hochschulverband auf dem Haus der Danubia gegründet wurde. Führend beteiligt waren Danuben auch an der Anfangszeit der „Jungen Freiheit“. Mitarbeiter wie Frank Butschbacher, Thomas Clement und Hans-Ulrich Kopp stehen für diese Verflechtung. Kopp, heute Sprecher des Altherrenverbandes der Danubia, ist zugleich Schriftleiter des Organs des völkischen Witikobundes. Er hat der „Jungen Freiheit“ den Rücken im Zorn gekehrt. Das extrem rechte Blatt sei „herunterliberalisiert“,

so kritisiert er. Die „Bogenhausener Gespräche“ der Danubia wiederum stellen mit ihrer Referentenliste ein „Who is who“ der extremen Rechten und der antidemokratischen Strömung des Konservatismus dar.

Grund für die gegenwärtige Aufmerksamkeit, die bis zu einer Haussuchung reichte, waren jedoch nicht die intellektuellen Aktivitäten des Bundes, sondern der Umstand, dass nach dem Überfall von Neonazis auf einen Griechen in München im Januar 2001 dem mutmaßlichen Haupttäter, Christoph Schulte, bei den Danuben Unterschlupf gewährt worden war. Schulte war von einem Mitglied der Regensburger Burschenschaft Teutonia zum Danubienhaus chauffiert worden. Ein weiterer Tatverdächtiger, Reiner Mehr, ist nicht nur Aktivist der Freien Kameradschaften in Bayern, sondern war auch Mitglied der Danuben. Die Burschen gehen inzwischen auf Tauchstation und geben sich harmlos. Den Opfern des „Vorfalls“ bringe man „volles Mitgefühl“ entgegen. „Uns trifft jedoch keinerlei Schuld daran, weder geistig noch anderweitig.“ Vorsichtshalber hat die Danubia dennoch die bisherige Internetpräsentation gelöscht, denn sie hätte das gewünschte Bild des Opfers, an dem „Rufmord“ geübt wird, getrübt. Geblieben sind lediglich eine Stellungnahme der Altherrenschaft zu dem Vorgang und eine selektive Sammlung von Presseberichten zu dem Überfall, die auch die längst widerlegte Behauptung enthält, gegen das Opfer seien mehrere Verfahren wegen Körperverletzung anhängig gewesen. Die Beiträge sind so sehr mit der heißen Nadel gestrickt, dass den Verantwortlichen offenkundige Widersprüche nicht aufgefallen sind. Während die Altherrenschaft behauptet, Reiner Mehr sei vor dem Überfall „suspendiert“ worden, habe seine Mitgliedsrechte in der Danubia verloren, behauptet die Aktivitas, seine Mitgliedschaft sei bereits am 11. Dezember 2000 laut Protokollbuch aufgehoben worden. Gründe für diesen Schritt werden nicht genannt.

„Eine Person mit Eintrag im Verfassungsschutzbericht kommt als Redner nicht in Frage.“, beteuert die Altherrenschaft der Danubia. „Vergessen“ wurden dabei offenbar Referenten wie Pierre Krebs oder der ehemalige stellvertretende NPD-Vorsitzende Felix Buck, die bei den Bogenhausener Gesprächen referierten. Horst Mahler sei zum Zeitpunkt seines Auftritts noch nicht Mitglied der NPD gewesen, vielmehr hätten „viele unserer Bundesbrüder“ Bedenken gegen einen ehemaligen RAF-Terroristen gehabt.

Jean Cremet

Hintergrund

Schnittpunkte

Rechtsextremisten sind bei deutschen Burschenschaften wohlgekommen.

Einer der beliebtesten Redner bei burschenschaftlichen Veranstaltungen ist Hans-Helmuth Knütter. Seit Jahren ruft er die Burschenschafter auf, „offensiv gegen den linksextremen Feind“ vorzugehen: „Haben Sie keine Scheu, von den Methoden des Feindes zu lernen. Vom Gegner lernen, heißt, ihn besiegen lernen! Schließen Sie sich zusammen! Heraus aus den Häusern! Kämpfen Sie!“, appelliert der Bonner Emeritus an die Nachwuchsakademiker. Für den 27. Juni lud die Alte Breslauer Burschenschaft der Raceks zu Bonn zu einem Vortrag mit Knütter und seinem bevorzugten Thema „Geheimdienste und Politik in Deutschland - Gefahr für Freiheit und Demokratie“.

Der Bundesvorsitzende der Republikaner, Rolf Schlierer, der 1974 der Burschenschaft Germania Gießen beigetreten ist, nahm im April 1999 an einer Veranstaltung des Verbandes der Altherrenverbände und Burschenschaften in Salzburg teil. Redner war neben Schlierer auf der Veranstaltung ebenfalls der NPD-Theoretiker Jürgen Schwab, Mitglied der Burschenschaft Thessalia zu Prag, dem auch die Prager Burschenschaft Teutonia zu Regensburg ein Forum gab. Im Bundesverfassungsschutzbericht für 1999 ist Schwab, Leiter des NPD-Arbeitskreises „Volk und Staat“, als „rechtsextremistischer Publizist“ aufgeführt.

Der Bundesvize der NPD-Studierendenorganisation NHB Jürgen Gansel, Mitglied der Gießener Burschenschaft Dresdensia Rugia, stellvertretender NPD-Landesvorsitzender Hessen, Redaktionsmitglied der rechtsextremen Zeitschriften „Opposition“ und „Deutsche Geschichte“, wurde im vergangenen Jahr aus der Marburger Burschenschaft Normannia Leipzig ausgeschlossen. Daraufhin nahm auch Eike Erdel, Mitbegründer des Republikanischen Hochschulverbandes (RHV), Autor in „Nation&Europa“, seinen Hut.

Zahlreiche Akteure des extrem rechten Lagers sind weiterhin Mitglieder von Burschenschaften. Zu ihnen zählen unter anderen: Dennis Witt, Mitglied der Halle-Leobener Burschenschaft Germania, Mitglied im Ausschuss für burschenschaftliche Arbeit der Deutschen Burschenschaft, 1997 zum Regio-

nalbeauftragten Ruhrgebiet der rechtsextremen Deutschland-Bewegung ernannt, gehört seit Januar 2001 dem NHB-Bundesvorstand an. Andre Kapke von der Burschenschaft Normannia Jena ist Kader der Neonazi-Kameradschaft Jena.

Christian Balzer von der Marburger Burschenschaft Rheinfranken, ist ebenso RHV-Gründungsmitglied wie Markus Burkhard, Burschenschaft Teutonia Frankfurt, Ex-Vorsitzender der Republikanischen Jugend in Baden-Württemberg. Björn Clemens, Mitglied der Burschenschaft Rheinfranken Marburg, Ex-Vorsitzender der REP-Jugend in Hessen, Dauer-Autor im Parteiorgan „Der Republikaner“, ist Beisitzer im REP-Bundesvorstand.

Alter Herr der Münchner Burschenschaft Danubia ist Hans-Ulrich Kopp, Autor der rechtsextremen Blätter „Opposition“, „Nation&Europa“, „Signal“, Referent bei der Gesellschaft für freie Publizistik, Mitglied des extrem rechten Cannstatter Kreises. Marko Böhme, der den Burschenschaften Elektra Teplitz zu München und Germania Hamburg angehört, ist Mitglied des Hochschulpolitischen Ausschusses der Deutschen Burschenschaft. Die Elektra Teplitz inseriert regelmäßig in „Nation&Europa“. Im vergangenen Jahr ermittelte der MAD gegen mehrere Offiziersanwärter der Münchner Burschenschaft wegen Verbreitung rechtsextremen Gedankengutes. Die Studenten waren Führungskader der Burschenschaft Elektra Teplitz.

Auch in den „Burschenschaftlichen Blättern“, die von der Deutschen Burschenschaft herausgegeben werden, kommen immer wieder rechte bis extrem rechte Autoren zu Wort, darunter: Klaus Hornung, ständiger Mitarbeiter der „Jungen Freiheit“, Autor im Hohenrain-Verlag, jetziger Vorsitzender des Studienzentrums Weikersheim, sowie Albrecht Jebens, Mitglied des Corps Franconia Tübingen, Autor des Hohenrain-Verlags, Referent bei der Deutschland-Bewegung (Jebens gründete im vergangenen Jahr mit Personen vornehmlich aus NPD-Kreisen eine Deutsche Studiengesellschaft. In Punkt ihres Manifestes heißt es: „Ein Volk, dem durch Fremdbestimmung oder durch innere Diktatur die kulturellen Grundlagen zerstört werden, bricht zusammen und wird früher oder später als Geschichtsgröße verschwinden.“), oder Ex-Militär Franz Uhle-Wettler, Autor in der rechtsextremen Reihe „Deutsche Geschichte“, im Arndt- und Hohenrain-Verlag. In der „Jungen Freiheit“ schrieb er 1991: Wer den deutschen Überfall auf die Sowjetunion als „gesicherte historische Wahrheit“ darstellt, der ist nicht ernst zu nehmen.“ Anton Maegerle

Seitenblick**Akademische Bünde**

Es wäre ungerecht, dem bayrischen Staatsminister des Innern Günter Beckstein das Lob vorzuenthalten, das er für seine Sorge vor „verstärkten Bemühungen von Rechtsextremisten um akademische Burschenschaften“ erhalten hat. Auslöser hierfür waren offensichtlich die Berichte, dass nach dem brutalen Überfall von Skinheads auf einen 31-jährigen Griechen auf Intervention der Regensburger Burschenschaft Teutonia der als Haupttäter gesuchte Neonazi Christoph Schulte in der Münchener Burschenschaft Danubia Unterschlupf fand, sinnigerweise in der der Ausnüchterung von Jungakademikern vorbehaltenen „Leichenkammer“, ehe ihm dann die Flucht ins Ausland ermöglicht wurde.

Die Sorge des CSU-Innenministers ist ehrenwert, verwundert gleichwohl. Über rechtsextreme Tendenzen in Burschenschaften gibt es seit Jahren eindrucksvolle Berichte; unter anderem hat der „blick nach rechts“ das Thema wiederholt aufgegriffen. Es hatte zudem in der Vergangenheit erhebliche internen Spannungen auch im Dachverband gegeben. Immer wieder wurde - zum Teil vergeblich versucht - die braunen Akademiker loszuwerden. Die Folge waren Spaltungen und Austritte. Lebhaft waren die Querverbindungen zu nazistisch angehauchten Akademikern in Österreich, zur Burschenschaft Olympia Wien, die zeitweise wegen ihrer Beteiligung an der Attentatsserie in Südtirol zu Beginn der 60er Jahre verboten war und schon mal für den Anschluss Österreichs an Deutschland ficht, sowie zur FPÖ und deren Kadern. Vor allem aber pflegten die Größen der nationalen Bewegung hierzulande Kontakte zu den Kaderschmieden des deutschen Stammtischums. Was in rechtskonservativen und noch weiter rechts angesiedelten Grüppchen Rand und Namen hatte, war stets gern gesehener Gast in den akademischen Verbindungen.

Das ist auch dem Verfassungsschutz nicht unbekannt geblieben. Insofern wäre es sachlich korrekter gewesen, nicht von Unterwanderungstendenzen durch die rechtsextreme Szene zu reden. Das lässt die Burschenschaften nämlich in der Rolle der gefährdeten Opfer erscheinen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus, denn das Werben um die Szene ging eindeutig von diesen aus.

Klaus-Henning Rosen

Grauzone**Verflechtungen****DSU macht gemeinsame Sache mit NPD**

Bei den sächsischen Kommunalwahlen trat seitens der extremen Rechten neben der NPD vor allem noch die Deutsche Soziale Union (DSU) in nennenswertem Umfang an. Die DSU, die noch über einige Hochburgen in Sachsen und Thüringen verfügt, ist heute fest eingebunden in das rechtsextreme Netzwerk. Der Parteivorsitzende Roberto Rink ist Mitglied im Sprecherkreis der Deutschen Aufbau-Organisation Alfred Mechtersheimers. Fusionsabsichten mit dem Bund Freier Bürger scheiterten lediglich aus finanziellen Erwägungen.

Die Verflechtungen mit der extremen Rechten waren auch bei den Wahlen im Juni in Sachsen deutlich. Manfred Neustadt, Landratskandidat der DSU im Muldentalkreis, erschien zu einer Podiumsdiskussion in Grimma mit Anhang aus seinem Kreisvorstand. Freimütig taten seine Parteigänger kund, dass sie an zentralen NPD-Demonstrationen in letzter Zeit teilgenommen hatten und behaupteten, der Berliner NPD-Aufzug im November 2000 sei von Antifaschisten mit Gift angegriffen worden. Im Kreisgebiet hatte sich die DSU in letzter Zeit vor allem durch die Gründung eines „Bündnis gegen links“ gemeinsam mit der NPD und örtlichen Freien Kameradschaften hervorgetan. Die Beziehungen der DSU zur NPD haben im Muldentalkreis bereits Tradition. So hatte der frühere Wurzener DSU-Stadtrat im Rathaus NPD-Flugblätter ausgelegt.

Ein Wahlkampf im eigentlichen Sinne fand nicht statt. So musste sich Manfred Neustadt mit 2,1 Prozent bescheiden, seine Parteifreundin Petra Guse mit 2,9 im Nachbarkreis Leipziger Land. Das einzige nennenswerte Ergebnis als DSU-Landratskandidat erzielte Hans-Jürgen Dittmann mit 9,6 Prozent im Kreis Löbau-Zittau. Nicht besser sah es bei den Kandidaturen für Bürgermeisterposten aus. Zwar kann die DSU in zwei kleineren Orten, Bergen (Vogtland) und Schönfeld, mit Volkmar Trapp und Hans-Jörg Weigel zwei Bürgermeister stellen, doch ging die bisherige Hochburg Heynitz verloren. In den zweiten Wahlgang schaffte es als Einzelbewerber DSU-Landesvorsitzender Ulrich Lupart in Oelsnitz (Vogtland), wobei er sich von 25,1 auf 31,2 Prozent verbesserte und auf dem zweiten Platz landete.

Volkmar Wölk

Verfassungsschutz

Zur Gewalt bereit

Mehr Gewalttaten, weniger Parteigänger der rechten Szene - auf diese Kurzformel lassen sich die Erkenntnisse des niedersächsischen Verfassungsschutzes bringen.

Der Rechtsextremismus steht weiter „im Mittelpunkt der Beobachtungsaufgaben“ des Verfassungsschutzes, ist in der Einleitung des aktuellen Dossiers in gewohnt trockener Beamtenprosa zu lesen. Die größten Sorgen bereitet Schlapphüten und Politikern der ungebrochene Zulauf zur militanten Szene. 1250 Personen hat der Verfassungsschutz im vergangenen Jahr gezählt - mehr als doppelt so viele wie noch 1997. Während damals 600 Personen in Niedersachsen zur gewaltbereiten Skinheadszene gehörten, waren es 1998 bereits 1000 und 1100 im Jahr 1999. Die Rechtsextremen begingen 1182 Delikte (1999: 652) - mithin ein Anstieg bei Straftaten und Ordnungswidrigkeiten um satte 81,3 Prozent. Dazu kommen verstärkt antisemitische und fremdenfeindliche Straftaten (plus 61 Prozent im Vergleich zu 1999). Bestürzendes Zahlenmaterial fördert die Rubrik „Gewalttaten“ an das Tageslicht: Im vergangenen Jahr wurden 129 begangen, 1999 waren es 80. Es könnte noch schlimmer kommen, befürchtet der niedersächsische Verfassungsschützer Volker Homuth: „Es gibt Ansätze, dass sich ein Rechts-Terrorismus entwickeln könnte.“

Homuths Dienstherr, Innenminister Heiner Bartling (SPD), hatte bei der Vorstellung des Berichts eine Erklärung für die gestiegene Gewaltbereitschaft der Rechtsextremisten parat: „Die wird maßgeblich durch ihre Musik bestimmt. Sie propagiert die Feinbilder Juden, Ausländer und Linke.“ Kostprobe einer Textpassage: „Irgendwer wollte den Niggern erzählen, sie hätten hier das freie Recht zu wählen, das haben sie auch, Strick um den Hals oder Kugel in den Bauch.“ Das Lied heißt „Nie-mals“, die Protagonisten hören auf den Namen „Landser“. Überhaupt sind die Selbstbezeichnungen der populären Skinhead-Combos Programm: Werwolf, Stahlgewitter, Macht & Ehre, Endsieg, Legion Ost oder Sturmwehr liefern den Soundtrack zum „Zecken-Klatschen“ oder anderen Freizeitvergnügen der Skinheads. Besonders gefährlich leben Linke, Ausländer und Obdachlose in den Skinhead-Hochburgen Aurich, Braunschweig, Cel-

le, Hildesheim, Lüchow, Lüneburg, Northeim, Oldenburg, Stade, Wilhelmshaven und im Großraum Hannover. Der Handel mit rechtsextremistischer Musik ist offenbar ein lohnendes Geschäft. Laut aktuellem Verfassungsschutzbericht wurden bei einer Durchsuchung der Geschäftsräume des von dem Northeimer Neonazi Thorsten Heise geführten Versands „W -B, Bild- und Tonträger Großhandel, Militärbekleidung“ und der Wohnung Heises Tonträger im Wert von rund 26 000 Mark beschlagnahmt. Aus den ebenfalls beschlagnahmten Geschäftsunterlagen ging demnach hervor, dass der Vertrieb der billig im Ausland produzierten CD's ausgesprochen lukrativ ist - bei Gewinnmargen bis zu 500 Prozent kaum verwunderlich!

Knapp in der Verlustzone befindet sich die NPD. Zwar ist die Mitgliederzahl in Niedersachsen unter der Führung von Landeschef Ulrich Eigenfeld mit 450 konstant geblieben, die Anzahl der Kreisverbände hat sich aber von 15 auf 14 reduziert. Die Partei habe, so der Verfassungsschutz, mit Verunsicherung auf die Verbotsdiskussion reagiert. Gemeinsamen Demonstrationen mit Neonazis sind die Nationaldemokraten seit dem Sommer aus dem Weg gegangen, auch Kontakte zu Freien Nationalisten wurden von der Parteiführung nicht mehr gern gesehen. Die neue Strategie habe zu internen Spannungen geführt. Ein Ergebnis dieser Entwicklung sei das Entstehen einer „revolutionären Plattform“ in der NPD, laut Innenminister Bartling „eine Verbindung zum Neonazismus“. Gute Verbindungen unterhält die niedersächsische NPD zu dem Hamburger Neonazi Christian Worch, der als Redner auf dem Landesparteitag auftrat. Bei der DVU sank die Mitgliederzahl um 200 auf jetzt 1300. Die Partei, deren Landesverband seit 1988 existiert, befindet sich zwischen Elbe und Weser „seit Jahren in einem schlechten Zustand“, heißt es im aktuellen Dossier. Auch die Entwicklung der Republikaner stagniert. Landeschef Peter Lauer zählte - wie im Vorjahr - 600 Getreue. Der von Lauers Kreisverband Hannover-Stadt verbreitete Liedtext „Narrenschiff“ gewährt einen Blick in die geistige Verfasstheit der niedersächsischen REP: „Es ist, was da abläuft in unseren Tagen, nur mit einer Prise Humor zu tragen, ... wenn die Wissenschaft über Lesben und Schwule wird amtlich gefördert in der Schule, wenn Fixer mit dem Geld unserer Kassen sich spritzen lassen, wenn beim Gämmler, der vor der Arbeit kneift, Sozialhilfe greift.“ Bei dieser Anhäufung von Klischees zum Madigmachen von Minderheiten wiehert nicht mal der Schimmel im niedersächsischen Wappen.

Volker Stahl

Demokratische Initiativen**Gesetze anwenden****Sicherheitsexperten fordern spürbare Strafen für rechte Gewalttäter**

Das Bild auf der jugendgemäß gestylten Postkarte der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung lässt den Betrachter ratlos zurück. „Nazis raus“ ist auf eine gelbe Dönerbude gesprüht. Mit einer anderen Farbe hat ein Anonymus darunter geschrieben: „Wohin? Wollt Ihr sie den Ausländern zumuten?“ Ratlosigkeit herrschte auch unter den Podiumsteilnehmern, die die Landeszentrale für politische Bildung am 4. Juli zum gut besuchten Kolloquium „Erscheinungsformen rassistischer und fremdenfeindlicher Gewalttaten“ in ihre Potsdamer Zentrale geladen hatte.

Der Potsdamer Oberstaatsanwalt Rüdiger Falch zählte die von der Landesregierung in den letzten Jahren geschaffenen Maßnahmen gegen rechte Gewalt in Brandenburg auf. Die „Mobile Polizeieinheit gegen rechte Gewalt“ (Mega) nannte er ebenso wie „Täterorientierte Maßnahmen gegen extremistische Gewalt“, die schwerpunktmäßig in Potsdam, Rathenow und Königs Wusterhausen eingesetzt werde. Dabei gehe es vor allem darum, dem betreffenden Personenkreis deutlich zu machen, dass sie bekannt sind und beobachtet werden, so Falch. Neben diesen Präventivmaßnahmen soll vor allem durch beschleunigte Strafverfahren die sanktionierende Wirkung auf die Täter verstärkt werden. „Ihnen muss klar sein, dass die Zeit des „Du-Du und der Ermahnungen vorbei ist“ spitzte der Leiter des Brandenburger Landeskriminalamts Rolf Junge die Devise zu. Er berichtete von einem neuen Erfassungssystem, das die Innenminister der Länder auf ihrer jüngsten Tagung beschlossen haben. Da der bisherige Extremismusbegriff zu kurz greife, wurde der Terminus politisch motivierte Kriminalität eingeführt. Die Folgen der neuen Kriterien werden sich schon in den nächsten Verfassungsschutzberichten niederschlagen, wo beispielsweise für das Land Brandenburg ein Anstieg rassistischer und antisemitischer Delikte um das Drei- bis Vierfache zu verzeichnen sein wird. „Die Schlagzeilen in den Medien sehe ich schon vor mir. Doch dabei handelt es sich nur um eine Frage des Erfassungssystems“ meint Junge. „Das heißt, dass bisher ein großer Teil rechter Aktivitäten einfach nicht erfasst wurde“ brachte es der Moderator

Frank Schauka, Journalist bei der „Märkischen Allgemeinen“, auf den Punkt. Die Folgen des neuen Erfassungssystems machte Junge am Beispiel von Hakenkreuzschmierereien deutlich. Künftig sollen solche Delikte unter politisch motivierte Kriminalität fallen, weil sie auf Öffentlichkeitswirksamkeit ausgerichtet sind.

In der lebhaften Diskussion mit dem Publikum, das überwiegend aus dem Bildungsbereich kam, wurde vorgeschlagen, die rassistische Motivation von Delikten als strafverschärfend ins Gesetz zu schreiben. Ein Vorstoß, den Junge und Falch als hilfreiche, aber nicht notwendige Gesetzesergänzung klassifizierten. Beide betonten, dass sie jeglichen Gesetzesverschärfungen reserviert gegenüberstünden. Die zur Zeit zur Verfügung stehenden gesetzlichen Instrumentarien würden oft noch nicht genügend ausgeschöpft, beklagte Falch. So würden gegen rechte Jugendliche Auflagen, wie das Verbot bestimmte Örtlichkeiten zu betreten, bestimmte Cliquen zu besuchen oder Springerstiefel zu tragen, viel zu selten angewandt. Es gehe nicht um besonders harte, aber um spürbare Strafen, meinte auch Junge. Doch beide betonten, dass mit juristischen und polizeilichen Maßnahmen rechter Gewalt nicht zu begegnen sei. Im Gegenteil habe die Brutalität der rechten Straftaten noch zugenommen. So werde auf Opfer noch eingetreten, wenn sie schon bewusstlos am Boden liegen, berichtete Junge. Gesellschaftliches Engagement und Zivilcourage aller Beteiligten seien hier gefragt.

Eine Lehrerin mochte aber nur verhalten in den allgemeinen Appell nach Zivilcourage einstimmen. „Ich fordere meine Schüler immer wieder auf, alle rechten Straftaten anzuzeigen. Doch was antwortete ich ihnen, wenn sie mich fragen, wer schützt mich vor der Rache der Rechten, wenn ich als Zeuge aussage?“

Peter Nowak

Hinweis

Berlin - In Berlin gedenken die Bundesregierung und die Verfolgtenverbände des 57. Jahrestages des 20. Juli 1944. Am Freitag, den 20. Juli findet um 12.00 Uhr im Ehrenhof der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Stauffenbergstraße in Berlin-Mitte eine Kranzniederlegung statt, um 16.00 Uhr in der Gedenkstätte Plötzensee in Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf die Gedenkfeier. Die Gedenksprache wird Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin halten.

Informationen: Tel. 030/26995000, fax. -/26995010, <http://www.gdw-berlin.de>

Ausland**Von Gestern wissen**

Liechtenstein erforscht seine Rolle in der NS-Zeit. Untersucht werden sollen vor allem auch die Geschäfte der Banken.

Jahrzehntelang ist kaum jemand der Gedanke gekommen zu erkunden, was in neutralen europäischen Staaten während der NS-Zeit geschehen ist. Erst die anrühigen Geschäfte der Schweiz mit den Nazis brachten den Stein ins Rollen. Die Spuren führten von Bern und Zürich weiter unter anderem nach Lissabon, Madrid und Stockholm. Nur ein kleines Fürstentum zwischen Österreich und Schweiz mit knapp 160 Quadratkilometern an Fläche und gut 28 000 Einwohnern blieb ausgespart - Liechtenstein. Das soll nun anders werden. Nicht zuletzt auf Druck des Jüdischen Weltkongresses (JWC), der nach Elan Steinberg in dem Fürstentum den „verlängerten Arm der schweizerischen Finanzinstitute“ sah, hatte die Liechtensteiner Regierung im Dezember 2000 beschlossen, die Zeit von 1939 bis 1945 von einer unabhängigen Historikerkommission untersuchen zu lassen. In den nächsten Tagen will nun das Parlament in Vaduz ein Gesetz verabschieden, damit die Kommission endlich mit ihrer Arbeit beginnen kann. Untersucht werden soll vor allem, ob die damals bestehenden beiden Liechtensteiner Banken und Treuhänder mit Nazideutschland Geschäfte gemacht haben, ob es dort nachrichtenlose Konten gab oder gibt, ob die Behörden versucht haben, die Kontenbesitzer ausfindig zu machen, ob heimische Betriebe mit Deutschland Rüstungsgeschäfte gemacht haben, ob es Arierungsmaßnahmen gab und welche Rolle die Flüchtlingspolitik gespielt hat. Ein umfangreicher Katalog also, dessen Aufarbeitung mindestens zwei Jahre dauern werde, hieß es in Vaduz jetzt.

Der Leiter der Kommission, Peter Geiger, hat folgende Experten berufen: Arthur Brunhart (Liechtenstein), Erika Winzierl (Wien), Carlo Moos (Zürich), David Bankier (Jerusalem) und Dan Michman (Ramat Gan). Geiger hat bereits in einer mehrbändigen Untersuchung die Rolle Liechtensteins in der Zeit bis 1939 dargestellt. Warum er mit dem entscheidenden Jahr 1939 aufgehört hat, muss er nun beantworten. Die Regierung hat versprochen, alle relevanten Akten und Dokumente zur Verfügung zu stellen. Das gelte auch für private Unternehmen und Betriebe, die ihre Zusammenar-

beit verbindlich zugesagt hätten, heißt es aus Regierungskreisen.

Dass nun endlich nach fast anderhalb Jahren mit der Arbeit begonnen werden soll, ist kein Zufall. Denn seit dem Beschluss der Regierung im Dezember 2000 ist nahezu nichts geschehen. Es bedurfte erneut des Druckes durch den JWC, um die Angelegenheit wirklich in Gang zu bringen. Es besteht nämlich der begründete Verdacht, dass sich das Fürstentum ähnlich verhalten hat wie die Schweiz. Beide Staaten sind eng miteinander verbunden und haben eine gemeinsame Währung: den Schweizer Franken. Die Schweizer Armee gewährleistet die Sicherheit des Fürstentums. „Die Schweiz hört in Schaan auf“, hieß es zwischen 1939 und 1945, weil die Schweiz und Liechtenstein gemeinsam die Grenze zur „Ostmark“, wie Österreich seit dem Anschluss hieß, sicherte. Die Stadt Schaan liegt unmittelbar an der Grenze zum alten Österreich. Die Grenze zwischen der Schweiz und Liechtenstein war durchlässig. Wie interessant Liechtenstein als Bankplatz damals und heute ist, belegten jüngst die schwarzen Konten der CDU. Neben der Historikerkommission ist ein Beratungs- und Koordinierungsausschuss eingesetzt worden, der die Regierung in allem beraten soll, was die Rolle des Landes zwischen 1935 und 1945 betrifft. Da wird es unter anderem um die Flüchtlingspolitik gehen, also um die Frage, ob Flüchtlinge aufgenommen oder zurückgewiesen worden sind. Es ist schwer vorstellbar, dass bei der engen Verzahnung der beiden Staaten der kleinere sich großzügiger verhalten hat als die tonangebende Eidgenossenschaft.

■ Gemeinsame Grenze zur „Ostmark“ ■

Nach dem in Zürich erscheinenden jüdischen Wochenmagazin „Tacheles“ hat der stellvertretende Generalsekretär des JWC, Maram Stern, die Einsetzung der unabhängigen Historikerkommission begrüßt. Daraus ist zu schließen, dass der JWC bei der Aufarbeitung der Geschichte Liechtensteins während der Kriegsjahre helfen wird. Das ist insofern von Bedeutung, als der Kongress über erhebliche Erfahrungen verfügt und weiß, wo welche Dokumente gesucht werden müssen oder versteckt sein könnten. Die Erfahrungen rühren aus der Schweiz, Österreich, Frankreich und Polen her, wo ähnliche Erfahrungen durch den JWC auf den Weg gebracht oder abgeschlossen worden sind.

Heiner Lichtenstein

Bücherschau**Schwieriges Erinnern**

Der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ist bis heute eine äußerst kontrovers geführte Debatte. Der Hamburger Politikwissenschaftler Peter Reichel widmet sich in seiner Untersuchung der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in Deutschland. Den Schwerpunkt legt er dabei auf die juristische Ebene: Strafverfahren und Gesetzgebung stehen im Mittelpunkt. Doch auch das Verhalten der deutschen Bevölkerung wird untersucht.

Nach einer kurzen theoretischen Einführung zum Begriff „Vergangenheitsbewältigung“ beginnt Reichel seine Darstellung mit der „Entnazifizierung“. Er macht deutlich, dass die hohen Ansprüche der Alliierten in der Praxis kaum umzusetzen waren. Der bürokratische Aufwand war zu groß, um alle Beschuldigten überprüfen zu können. Was als politische Säuberung, die Entfernung und Bestrafung der nazistischen Elemente, gedacht war, endete als große Rehabilitierungsmaßnahme. Die überwältigende Mehrheit der Überprüften wurde von den Spruchkammern entlastet. Zusätzlich fand die Entnazifizierung in der deutschen Bevölkerung keinen Rückhalt. Spätestens 1949 konnte sie als gescheitert angesehen werden.

Im zweiten Kapitel behandelt der Autor die Nürnberger Prozesse, die zumindest in den ersten Monaten mit großem Interesse in Deutschland verfolgt wurden. Doch nachdem das Verfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher 1946 beendet war, wurde von den zwölf Nachfolgeprozessen kaum noch öffentlich Notiz genommen. Ein Problem der Prozesse war die mangelnde Differenzierung zwischen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das Gericht verhandelte nur Verbrechen, die während des Krieges begangen wurden, sodass die massenhafte Vernichtung von Menschen als Kriegsfolge und nicht als Teil der nationalsozialistischen Rassenpolitik gesehen wurde. Kriegsverbrechen und Menschheitsverbrechen wurden in der Öffentlichkeit kaum unterschieden und die Strafverfahren somit häufig nur als politische Prozesse begriffen. Der Judenmord wurde so zunächst nur als ein Verbrechen unter vielen wahrgenommen.

Anschließend widmet sich Reichel der Wiedergutmachung. Gegen den Willen der Mehrheit der westdeutschen Gesellschaft wurden die ersten Ent-

schädigungsgesetze verabschiedet. Nachdem bereits 1947 eine Regelung über die Rückerstattung von geraubtem jüdischem Vermögen getroffen wurde, standen 1952 Verhandlungen mit den jüdischen Opfern an. Im Luxemburger Abkommen schloss die Bundesrepublik schließlich Verträge mit Israel (über eine Globalentschädigung von drei Milliarden Mark) und mit der Claims Conference ab. Nur mithilfe der Opposition konnte Bundeskanzler Adenauer diese Verträge im Bundestag durchsetzen. Auch mit elf westeuropäischen Staaten wurden Entschädigungszahlungen vereinbart. Dabei wurde Wert darauf gelegt, dass es sich bei den Zahlungen um keine Reparationen handelte. Entschädigungsforderungen von ehemaligen Zwangsarbeitern konnten daher mit dem Verweis abgetan werden, dass diese erst bei einem endgültigen Friedensvertrag fällig würden. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten musste jedoch eine Entscheidung hinsichtlich dieser Gruppe getroffen werden. Die Auseinandersetzung um die Entschädigungen hält bekanntlich bis heute an.

In weiteren Kapiteln werden der Remer-Prozess 1952 und die Rehabilitierung des militärischen Widerstands sowie verschiedene politische Skandale der 50er Jahre, der Auschwitz-Prozess 1963-1965, der lange Weg des „Gesetzes gegen die Auschwitz-Lüge“ und schließlich die Verjährungsdebatten im Bundestag behandelt. In mehreren Schritten (1960, 1965, 1969, 1979) wurde die Verjährung für Mord und Völkermord letztlich aufgehoben, sodass die Justiz in der Lage war, weiterhin NS-Verbrechen zu verfolgen. Im Schlusskapitel geht der Autor schließlich auf die Schwierigkeiten des Erinnerns und Gedenkens ein.

Peter Reichel ist es gelungen, einen informativen und lesenswerten Überblick über die Vergangenheitsbewältigung in Deutschland zu geben. Doch leider nur für die Zeit vom Kriegsende bis in die 60er Jahre hinein. Auf die öffentlichen Auseinandersetzungen der 70er (Fernsehserie „Holocaust“), der 80er („Historikerstreit“) und 90er Jahre („Wehrmachtsausstellung“, „Goldhagen-Debatte“) geht er kaum oder gar nicht ein. So werden die kulturellen und gesellschaftlichen Aspekte bei der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus der letzten dreißig Jahre nur gestreift, aber nicht ausführlich behandelt.

Stefan Rudschinat

Peter Reichel, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute. München 2001 (Verlag H.C. Beck), 256 Seiten, 26,90 Mark

Bücherschau**Die Erben der Nazis**

Zu der im Juni ausgestrahlten dreiteiligen Fernsehserie „Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf“ erschien unter gleichem Titel ein Begleitbuch, das zum Nachlesen und Vertiefen des Dargestellten dienen soll. Geschrieben wurde es von dem renommierten Rechtsextremismus-Experten Hans-Gerd Jaschke und den Journalisten Birgit Rättsch und Youry Winterbert. Den Autoren ging es dabei nicht um die Präsentation einer Gesamtdarstellung zum Thema, vielmehr wollten sie anhand ausgewählter Beispiele einen Eindruck vom Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland geben. Entsprechend gliedert sich das Buch in drei Teile, die wiederum in 23 Kapitel aufgeteilt wurden. Darin beschäftigen sich Jaschke/Rättsch/Winterbert schlaglichtartig mit einem besonderen Ereignis oder einer besonderen Organisation beziehungsweise Person des Rechtsextremismus in der Geschichte der Bundesrepublik seit 1949.

In dem „Täter“ überschriebenen ersten Teil geht es etwa um die öffentliche Wirkung auf den Film „Holocaust“ und die ersten fremdenfeindlichen Gewaltexzesse Anfang der 90er Jahre ebenso wie um die Herausbildung einer Neonazi-Szene in der DDR und das Erstellen von „Schwarzen Listen“ mit Angaben zu Gegnern der Rechtsextremisten. Der zweite Teil „Führer“ enthält neben Darlegungen zur historischen Entwicklung der rechtsextremistischen Parteien und deren gegenwärtiger Zersplitterung Ausführungen zur Konzeption der „national befreiten Zonen“ und der Präsenz von Rechtsextremisten in der ostdeutschen Alltagswelt. Und der als „Verführer“ betitelte dritte Teil widmet sich rechtsextremistischen Intellektuellen und den Managern rechtsextremistischer Musik ebenso wie der politischen Propaganda im Internet und den Aktivisten der Holocaust-Leugnung.

Der formale Charakter des Buches, sich über schlaglichtartige Betrachtungen in Folge einem Gesamtüberblick zum Rechtsextremismus zu nähern, hat Vor- und Nachteile. Die Konzeption entspricht der medialen Darstellung in Gestalt der Fernsehserie und liefert damit einen ersten Einstieg ins Thema mit interessanten Momentaufnahmen. An einer inhaltlichen Systematik oder einer tieferen Analyse muss es dabei verständlicherweise mangeln. So bleiben auch viele Aspekte zur Einordnung unklar.

Dies gilt sowohl für Begriffe wie „Rechte“ oder „Rechtsextremisten“ als auch die Einschätzung des rechtsextremistischen Gefahrenpotenzials in der Gesellschaft. Hier und da wird zwar von dem Vordringen des Rechtsextremismus in die Alltagswelt und die kulturelle Praxis von Jugendlichen gesprochen, aber es bleibt unklar, welche reale Bedeutung solche Entwicklungen haben.

Nur an wenigen Stellen kommt es in dem Band zu Einschätzungen, wie etwa bei den Ausführungen zu den fremdenfeindlichen Gewalttaten in den ostdeutschen Bundesländern Anfang der 90er Jahre. Zutreffend wird die neue Qualität dieser Ereignisse hervorgehoben: „Zum einen erstreckten sich die ausländerfeindlichen Angriffe über mehrere Tage, ohne dass die Polizei in der Lage war, sie zu beenden. ... Zum anderen aber hatten die Übergriffe einen Rückhalt in der Bevölkerung, den man im Westen nicht kannte“ (S. 53). In anderen Fällen verstören pauschalisierende Bewertungen, wie bei dem Vergleich der Motive für die Reaktionen auf die linksextremistische Gewalt in den 70er Jahren mit dem Verweis auf den „Primat der Politik“ und der rechtsextremistischen Gewalt in den 90er Jahren mit dem Verweis auf den „Primat der Wirtschaft“ (vgl. S. 260). So sehr dabei die „Standortlogik“ eine Bedeutung hatte, lässt sich der Protest gegen den Rechtsextremismus doch nicht darauf reduzieren.

Armin Pfahl-Traugher

**Hans-Gerd Jaschke/Birgit Rättsch/Youry Winterbert,
Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf, München
2001 (C. Bertelsmann-Verlag), 284 Seiten, 40 Mark**

In eigener Sache

Der Verlag Deutsche Druck und Verlagsgesellschaft mbh und Gabriele Nandlinger verpflichten sich bei Meidung einer für jeden Fall der Zuwiderhandlung fälligen Vertragsstrafe, die von Thorsten Heise nach billigem Ermessen festzusetzen und gegebenenfalls gerichtlich zu überprüfen ist, es zu unterlassen zu behaupten, im Fahrzeug Thorsten Heises seien bei Polizeikontrollen anlässlich eines Skinhead-Konzerts rund 500 CDs rechtsextremer Prägung entdeckt worden, deren Schwarzmarktwert sich auf rund 25 000,-- DM beziffere. Bei der Durchsuchung von Thorsten Heises Anwesen in Northeim habe die Polizei dann Videobänder, Disketten und Tonträger im geschätzten Wert von 80 000,-- DM beschlagnahmt.

Verlag und Redaktion „blick nach rechts“

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 16. Jg., Nr. 24-27/2001: Nach Ansicht von Michael Wiesberg zwingt die „chronische Gebärverweigerung“ der Deutschen zur Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften. Das aber geschehe wiederum zusätzlich zu der „ideologisch motivierten Zuwanderungspolitik“ der rot-grünen Bundesregierung, damit „in Deutschland endlich die multiethnische Seligkeit“ ausbreche (24/01). Das „friedliche Zusammenleben vieler Kulturen an einem Ort“ (sei) eine liebgewordene Theorie der herrschenden Klasse“, sekundiert im nächsten Heft Alexander Barti, Europa sei „übersät mit ethnischen Kleinkriegen, die den Leib des Alten Kontinents schwächen wie die Eiterwunden den Aussätzigen“ (25/01). Dass die rechtsextremen Deutschen Konservativen für einen Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber „rechte Lager“ mobilisieren“ werden, sichert der Vereinsvorsitzende Joachim Siegerist im Interview mit JF-Chefredakteur Dieter Stein zu. Rechtsextremismus werde erst durch „Antifaschismus“ produziert, behauptet Claus M. Wolfschlag. Der „‘antifaschistische’ Regulierungsdrang“ reiche heute bis in den Alltag der Bürger hinein. Es regiere ein „Klima der Einschüchterung und der geistigen Unfreiheit im bundesdeutschen Diskurs“, so Wolfschlag. Der radikalen Linken sei jegliche antikapitalistische Perspektive abhanden gekommen, konstatiert Werner Olles. Gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit würden „Arbeitnehmervertreter“ nichts anderes tun, als „das gesunde Volksempfinden gegen die Schimäre ‘Rechtsradikalismus’ mobil“ machen (24/01). Der „Kampf gegen Rechts“ habe auch die deutschen Burschenschaften, die „altehrwürdigen Verbindungen“, „unter den Generalverdacht des Rechtsextremismus gestellt“, beklagt das Blatt. Zu den Vorwürfen gegen die Danubia wird angemerkt, dass es hier unabhängig von der Schuldfrage darum gehe, „die politisch verhassten Burschenschaften zu ‘zerschlagen’ und die gezähmten Bruchstücke antifaschistisch zu lähmen“ (26, 27/01). Anstelle von „Political Correctness“ und Selbsthass“ brauche Deutschland „einen gereiften, geschichtsbewussten Patriotismus“, eine „Renaissance freiheitlichen Denkens“ appelliert Dieter Stein in der Jubiläumsausgabe des 15-jährigen Bestehens der JF. Dazu gratulieren unter anderem Alfred Mechtersheimer, REP-Verbände, Freiheitliche Volkspartei, verschiedene Burschenschaften (27/01). (gn)

Personen**Nie Rache, Recht****Zum Tod von Alfred W. Spieß**

Ohne ihn wären die Verbrechen im Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek nicht aufgeklärt, niemand vom SS-Wachpersonal zur Verantwortung gezogen worden. Ohne ihn hätte niemals der Kommandant eines Vernichtungslagers vor einem deutschen Gericht gestanden. Ohne würde es keine detailgetreue Karte des Vernichtungslagers Treblinka geben. Ohne ihn wüssten wir heute nicht, welche verheerende Rolle die Deutsche Reichsbahn beim Völkermord gespielt hat. Ohne ihn kennen wir nicht die Mordopfer im deutschen Rundfunksender Gleiwitz, die von den Nazis umgebracht worden sind, um einen Vorwand für den Überfall auf Polen am 1. September 1939 zu haben. Es geht um den Leitenden Oberstaatsanwalt Alfred W. Spieß. Jahrelang hatten Staatsanwälte in der Kölner Zentrale zur Aufklärung von NS-Verbrechen Majdanek-akten hin- und hergewälzt, ohne recht voranzukommen. Das änderte sich fast über Nacht, als Spieß Ende der 60er Jahre Chef der Zentrale wurde. Er holte den jungen Staatsanwalt Wolfgang Weber nach Köln. 1975 konnte die Hauptverhandlung in Sachen Majdanek beginnen.

Als im Mai 1970 Franz Paul Stangl in Düsseldorf auf der Anklagebank Platz nehmen musste, stand ihm gegenüber als Vertreter der Anklage Alfred W. Spieß. Er hatte zusammen mit dem nordrhein-westfälischen Justizminister Josef Neuberger dafür gesorgt, dass Stangl aus dem sicheren Brasilien ausgeliefert wurde. Der Stangl-Prozess war der einzige vor einem deutschen Gericht gegen den Kommandanten eines Vernichtungslagers - in diesem Fall Treblinka. Während der Hauptverhandlung hatte Spieß nach vielen Aussagen von Stangl und Zeugen einen Plan des Vernichtungslagers gezeichnet, den der Angeklagte kurz vor dem lebenslänglichen Urteil als absolut korrekt bezeichnet hat. Es ist der einzige Plan dieses Lagers. Der Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, Albert Ganzenmüller, ist zwar 1973 kurz nach Beginn der Hauptverhandlung in Düsseldorf auf mysteriöse Weise für verhandlungsunfähig erklärt worden, doch da war die Rolle der Reichsbahn im Holocaust bereits durch einen Gutachter aktenkundig gemacht worden. Spieß hatte das durchgesetzt.

Am 28. Juni jetzt ist Alfred W. Spieß im Alter von 81 Jahren gestorben.

Heiner Lichtenstein

DWETTREWERB Du gegen rechts

**Für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7, Schul-AGs,
Jugendgruppen und -clubs sowie Studierende
(von 12 bis 25 Jahren)**

Der **blick nach rechts** prämiiert in einem Wettbewerb Projekte von engagierten Jugendlichen.

Beschreibt, wie ihr (ab 5 Personen je Gruppe) in eurem Umfeld gegen Rechts-
extremismus und Ausländerfeindlichkeit vorgeht (z.B. Stadtteilstefte, Plakataktionen, RAPs, Hörspiele, Theaterstücke, Ausstellungen, Websites, Patenschaften). Willkommen sind auch Einsendungen, die sich mit der lokalen NS-Vergangenheit beschäftigen. Entscheidend ist, dass euer Projekt sich an den jeweiligen örtlichen Besonderheiten orientiert.

Eingesandt werden können als Dokumentation Bild- und Tonträger, Presseauschnitte, Website-Adressen oder ausführliche Berichte.

Eine Jury entscheidet über die Gewinner des Wettbewerbes. An jede Altersstufe (12-15, 15-18, 18-25 Jahre) werden zwei Hauptpreise und verschiedene Sonderpreise vergeben.



Schirmherrschaft
Bundestagspräsident
Wolfgang Thierse

Anmeldeschluss
für die Projektidee:
1. Oktober 2001

Einsendeschluss
der Dokumentation:
31. Dezember 2001

Weitere Infos unter
www.bnr.de

Anmeldung und Rückfragen
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Frau Bastienne Gebhard
Tel. (0 30) 2 55 94 - 155
Fax (0 30) 2 55 94 - 199
E-Mail info@bnr.de

ALLES WIRD SICH ÄNDERN - DURCH UNS!

Meldungen**Inland**

■ **Brandenburg** - Patrick-Fritz Cuhrts und Monique Ringmann, wohnhaft in der Stadt Brandenburg, geben in der Juni-Ausgabe des HIAG-Hofblattes „Der Freiwillige“ die Geburt ihrer Tochter Luise Elisabeth bekannt. Cuhrts, der schon in der DDR in Neonazi-Zusammenhängen aktiv war, saß 1993 wegen schwerer Körperverletzung mehrere Monate im Gefängnis ein. Betreut wurde er während der Inhaftierung von der neonazistischen Knast-Organisation HNG. Seinen HNG-Mitgliedsausweis erhielt er von seinem Vater Fritz ausgehändigt. Fritz Cuhrts aus Ketzin, von Beruf Facharbeiter, war zeitweilig Beirat im HNG-Vorstand.

■ **Bremen** - Gegen den Bremer NPD-Landesvorsitzenden Jörg Wrieden hat die Staatsanwaltschaft am 19. Juni Anklage wegen Volksverhetzung in drei Fällen erhoben. Wrieden hatte im Juli vergangenen Jahres der Bremer Ausgabe der Tageszeitung „taz“ eine Pressemitteilung der inzwischen verbotenen neonazistischen Skinhead-Organisation „Blood & Honour“ zugefaxt, in der zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen wurde. Im letzten November versandte Wrieden dann eine rassistische Zeichnung mit seinem Fax. Bei einer Hausdurchsuchung im darauf folgenden Dezember wurden volksverhetzende Schriften bei dem NPD-Landesvorsitzenden beschlagnahmt.

■ **Bützow/Potsdam** - Bei einer Großrazzia im Bützower Gefängnis in Mecklenburg-Vorpommern wurde auch rechtsextreme Propaganda gefunden. Darunter Poster, Zeitschriften und eine Reichskriegsflagge. 120 Beamte des Justizvollzugs waren bei der Durchsuchung im Einsatz, begleitet von Polizei und Staatsanwälten, gesichert von einer Spezialeinheit. Der brandenburgische Justizminister Kurt Schelter will mit einem bundesweit einmaligen Aufklärungs- und Bildungsprogramm führende Rechtsextremisten in den Gefängnissen von Mitläufern isolieren. Nach Erhebungen des brandenburgischen Justizministeriums sind 30 Prozent der 494 Inhaftierten im Alter unter 21 Jahren der rechtsextremen Szene zuzurechnen, 25 Jugendliche gehörten zum ideologisch harten Kern, 113 zum Umfeld.

■ **Heilbronn/Leinfelden-Echterdingen** - Der Landesvorsitzende der Republikaner in Baden-Würt-

temberg, Christian Käs, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Landesparteitag der baden-württembergischen Republikaner am zweiten Juliwochenende in Leinfelden-Echterdingen wählte Käs mit 93 von 146 abgegebenen gültigen Stimmen erneut zum Landeschef. Sein Gegenkandidat Herbert Bastl erhielt 51 Gegenstimmen. Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden Sabine Johnson, Herbert Bastl und die Ex-Landtagsabgeordneten Ulrich Deuschle und Karl-August Schaal gewählt. Die Streitigkeiten bei den Republikanern in Baden-Württemberg gehen nach ihrem Ausscheiden aus dem Landtag unvermindert weiter. Im April war der ehemalige Landtagsabgeordnete Alfred Dagenbach bei einer Landesvorstandssitzung noch heftig kritisiert worden. Jetzt wählte ihn sein Kreisverband Heilbronn demonstrativ zum Vorsitzenden. Da man selbst relativ stark sei, müsse auch mehr Einfluss im Landesvorstand gewährleistet sein. Dagenbach selbst gibt im Parteiorgan die Orientierung „Rückkehr in den Landtag“ vor. „Die gute Arbeit der Republikaner-Fraktion lässt sich auch in Zahlen messen“, meint er. Vor der Landespartei lägen jetzt fünf Jahre Dauerkampfkampf, um „brachliegende Strukturen“ zu reaktivieren. Interviewpartner im aktuellen „Republikaner“ ist Joachim Siegerist (Die Deutschen Konservativen), der von der CDU behauptet, sie sei zu einer sozialdemokratischen Partei geworden.

■ **Königs Wusterhausen** - Eine „patriotische weiße Geheimorganisation“ namens „European White Knights of the Ku Klux Klan“ ist neuerdings in deutscher Sprache im Internet auf Mitgliedersuche (Kontakt erfolgt per Email). Der Klan will bereits Mitglieder aus unterschiedlichen Berufsgruppen, darunter auch Polizisten, in seinen Reihen haben. Ziel der extrem ausländerfeindlichen Gruppierung ist die „Erhaltung und das Vorankommen der Weißen Rasse“. Klan-Aktivitäten wurden in der Bundesrepublik zuletzt vor zehn Jahren festgestellt. Am 20. September 1991 veranstaltete Dennis Mahon von den US-amerikanischen „White Knights of the Ku Klux Klan“ eine mediengerecht aufbereitete Klan-Gründungsversammlung mit Kreuzverbrennung und Maskenaufzug in Königs Wusterhausen.

■ **Riesa/Stuttgart** - Die im sächsischen Riesa ansässige Deutsche Stimme Verlags GmbH unterhält neuerdings ein Konto bei der Landeszentralbank Baden-Württemberg in Stuttgart. Dort hat auch die Familie des rechtsextremen Barden Frank Rennie eine Bankverbindung. Nach Angaben von

NPD-Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt sind der NPD seit vergangenem Sommer mindestens 90 Konten gekündigt worden, unter anderem: NPD-Landesverband Hamburg, Kreisverband Oberland, Kreisverband Freital-Pirna, Kreisverband Rems-Murr, Kreisverband Brandenburg.

■ **Ronneburg** - Der im hessischen Ronneburg wohnhafte Pierre Jakob schreibt antifaschistische Initiativen und Organisationen mit der Bitte um Übersendung von Informationsmaterial an. Jakob war früher Herausgeber des rechtsextremen Skin-Zines „Hessisch Blättche“, für das in einschlägigen Blättern wie „Foier Frei“ und „Awake“ geworben wurde.

■ **Rostock** - Das Landgericht Rostock hat Ende Juni den Altnazi Manfred Roeder (72) wegen Beleidigung, Volksverhetzung und Verunglimpfung des Staates zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt. Im Vorfeld des Prozesses mobilisierte Roeder per Rundschreiben seine Sympathisanten nach Rostock. „Es geht um meine Bemerkung im Wahlkampf vor drei Jahren: Mit Wahlen allein können wir Deutschland nicht mehr retten. Wir brauchen den Umsturz, wir müssen auf die Barrikaden und auf die Straße gehen.“ Ein weiterer Prozess wegen Verunglimpfung des Staates folgt in Bälde. Roeder sammelt im aktuellen Rundbrief in gewohnter Manier Spenden. „Ich bin wegen der Übernahme des Hauses und der Prozesse so stark belastet, dass ich meinen Verteidiger nicht mehr bezahlen kann. Aber die Arbeit muss weitergehen, gerade jetzt, wo die Jugend herbeiströmt und nach Führung und Vorbildern sucht. Sollen wir da aufgeben, nur weil das Geld fehlt?“

■ **Schweinfurt** - Ein Schweinfurter Schöffengericht hat den extrem rechten parteilosen Stadtrat Roderich Sell (64) wegen Volksverhetzung und Beleidigung zu einer Geldstrafe von 22 500 Mark verurteilt. Sell, Autor im NS-treuen Blättchen „Sonnenbanner“ und Abonnent der antisemitischen Zeitschrift „Sleipnir“, hatte im August letzten Jahres einem WELT-Redakteur schriftlich gedroht: „Wenn der Tag der Vergeltung kommt, werden meine Freunde und ich sich ihrer Person erinnern“. Skinheads sind laut Sell „die wahren Vaterlandsverteidiger, die sich noch ein gesundes Volksempfinden bewahrt haben, denn die vielen unerwünschten Ausländer in Deutschland sind wie eine feindliche Invasion zu betrachten. Und ein gesundes Volk wehrt sich eben gegen eine Invasion.“ Sell, Ex-Republikaner, später Mitglied der Deut-

schen Liga für Volk und Heimat, wurde zwischenzeitlich auch als Röntgenarzt an der Universitätsklinik Würzburg suspendiert. Verteidigt wurde Sell von Hannes Kaschkat, ehemals Vizepräsident der Universität Würzburg, heute Weggefährte von Alfred Mechtersheimer.

■ **Starnberg** - Das von Alfred Mechtersheimer geführte so genannte Friedenskomitee 2000 hat eine Unterschriftenaktion gegen „US-Kontrollstationen auf deutschem Boden“ gestartet. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die von den Amerikanern betriebenen „Anlagen sofort zu schließen!“ Presserechtlich verantwortlich für die Kampagne zeichnet Roland Wuttke, Mitglied des Sprecherkreises der rechtsextremen Sammelbewegung Deutsche Aufbau-Organisation (DAO), einer Initiative der ebenfalls von Mechtersheimer geführten Deutschland-Bewegung. Wuttke ist Dauerautor in der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa“. Artikel von ihm finden sich auch in der „Jungen Freiheit“ und in „Opposition“ aus dem Hause Verlagsgemeinschaft Berg. Unterzeichner des Aufrufs „Ist 'Big Brother' schon allgegenwärtig? Amerikanisches Spionagesystem überwacht auch Sie!“, den die „Junge Freiheit“ (Ausgabe 26/01) veröffentlicht hat, sind neben vielen anderen: Alfred Mechtersheimer, die „Nation&Europa“-Herausgeber Harald Neubauer und Peter Dehoust, Andre Sacher (Uslar; Skinzine „Der Angriff“), Wolfgang Juchem (Aktion Freies Deutschland), Rolf Kosiek (Vorsitzender der Gesellschaft für Freie Publizistik), Roberto Rink (DSU-Vorsitzender), Steffen Ernle (Vorsitzender Cannstatter Kreis), Manfred Aengenvoort (Ex-Bundesschiedsgerichtsvorsitzender der NPD), Markus Beisicht (Deutsche Liga für Volk und Heimat), Katharina Behrend (DAO), Stephan Flug (Bürgerbewegung Pro Köln), die REP-Mitglieder Klaus Rapp (Pforzheim), H. Holland Ochsenhausen), Ingrid Albrecht (Stuttgart) und Klaus-Peter Köhler (Heidenheim).

■ **Tübingen** - Der revisionistische Verlagskomplex Grabert aus Tübingen, der seit Jahrzehnten Rechtsextremisten und Holocaust-Leugnern eine publizistische Plattform bietet, gibt erstmals seit seinem Bestehen zu, dass Auschwitz ein Vernichtungslager war, in dem Menschen vergast wurden. In der aktuellen Ausgabe des „Euro-Kurier“ (3/2001), der Grabert-Verlagsmitteilungen, ist zu lesen, dass Auschwitz, „ein Vernichtungslager“ war, „in dem eine immer noch nicht feststehende Anzahl zwischen einigen Hunderttausend bis einigen Millionen vorwiegend durch Giftgas (Zyklon B) vernichtet wur-

den.“ Verfasser dieser Zeilen ist der Grabert-Stam-ma-utor und einstige SS-Mann Hans Werner Wol-ter-sdorf, Jahrgang 1923.

■ **Weimar** - Unter Führung des Sprecherrates der rechtsextremen Deutschen Aufbauorganisation (DAO; Heinz Flöter, Klaus Häßler, Alfred Mecht-ersheimer, Harald Neubauer, Hans-Ulrich Pieper, Roberto Rink, Baldur Springmann, Roland Wutt-ke) fand am vorletzten Juni-Wochenende ein Tref-fen von rund 70 Vertretern verschiedener Parteien und Organisationen aus dem Rechtsaußen-Spek-trum in Weimar statt. Anwesend waren unter an-derem Mitglieder von Republikanern, DSU und auch der österreichischen FPÖ. DSU-Vorsitzender Roberto Rink hielt ein Kurzreferat. Mecht-ersheimer regte laut der österreichischen Wochenzeitung „Zur Zeit“ an, mit „radikaleren“ Thesen in die Öffent-lichkeit zu gehen, um die Präsenz der DAO in den „Zeitgeistmedien“ zu erhöhen. Harald Neubauer kritisierte die Medienberichterstattung, die mit der „Faschismuskeule“ um sich schlage. Baldur Spring-mann rief die Anwesenden zu „populistischen Ak-tionen“ auf.

Ausland

■ **Italien/Spanien** - Mehr als drei Jahrzehnte nach dem blutigen Terrorattentat in Italien vor ei-ner Mailänder Bank wurden drei Neofaschisten zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Bei dem Bomben-anschlag auf der Piazza Fontana in Mailand am 12. Dezember 1969 waren 16 Menschen getötet und 88 verletzt worden. Der 54-jährige Delfo Zorzi wur-de als der Mann identifiziert, der das Attentat aus-führte. Zorzi ist zwischenzeitlich ein erfolgreicher Geschäftsmann. Er lebt in Japan und hat die japa-nische Staatsangehörigkeit angenommen. Als Hauptkomplizen wurden der Arzt Carlo Maria Maggi (67) aus Venedig und Giancarlo Rognoni (56), der Führer der neofaschistischen Gruppe „Der Phönix“ aus Mailand, verurteilt. In Spanien wur-de in Madrid der Italiener Pasquale Belsito (39), der meistgesuchte rechtsextreme Terrorist Euro-pas, festgenommen. Belsito, der den Organisatio-nen NAR und Terza Posizione angehörte, werden Morde an angeblichen Kollaborateuren, Mordver-suche an französischen Polizisten und Mittäter-schaft bei der Ermordung eines römischen Staats-anwaltes vorgeworfen.

■ **Österreich (Döbling)** - Die Österreichische Landsmannschaft und der Wiener Korporations-ring, eine Art Dachverband mehrerer Burschen-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 14-2001 / Abo 5292719000

8

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

schaften, haben am 21. Juni am Döblinger Cobenzl eine Sonnwendfeier veranstaltet. Vor Ort waren unter anderem der 1999 auf Bewährung freigelas-sene Neonazi Gottfried Küssel und der Ex-FPÖ-Wahlkampfmanager Heinz-Christian Strache. Eh-rengast und Festredner war der Spitzenpolitiker der Freiheitlichen Ewald Stadler (Mitglied der schlagenden Burschenschaft Sängerschaft der Uni-versität Innsbruck), der dazu aufforderte, „in un-seren Bünden für eine Veredelung des Menschen einzutreten“. Weiter geißelte Stadler in seiner Re-de „multikulturelle Experimente“ und warnte vor einem Beitritt Israels in die EU. Von solchen Plä-nen ist nun allerdings nichts bekannt.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bmr.de
Internet: <http://www.bmr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.